

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Verwaltungsangestellte an staatlichen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge einer sich verändernden Schullandschaft

- den Tätigkeitskatalog und das Anforderungsprofil der Verwaltungsangestellten an öffentlichen Schulen zu überarbeiten und den gewachsenen Anforderungen anzupassen,
- die Eingruppierung der Verwaltungsangestellten in E Gr 5 bzw. E Gr 6 hin nach E Gr 7 zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen,
- die Arbeitszeiten der Verwaltungsangestellten an die u.a. mit Einführung der Ganztagschule veränderte Schulsituation anzupassen und das Stundendeputat für die Verwaltungsangestellten entsprechend zu erhöhen,
- die verlängerte Wiederbesetzungssperre im Bereich des öffentlichen Dienstes für den gesamten öffentlichen Dienst und somit auch für den Bereich der Verwaltungsangestellten an Schulen mit mehr als einer Vollstelle rückgängig zu machen.

Begründung:

Die Anforderungen im schulischen Bereich haben in den vergangenen Jahren nicht zuletzt deshalb kontinuierlich zugenommen, weil Schulen in den letzten Jahren zunehmend mit bürokratischen Aufgaben belastet wurden. Die Aufgabenmehrung gilt nicht nur für Schulleitungen und Lehrkräfte, sondern auch für die an der Schule tätigen Verwaltungsangestellten.

Die mit der Umwandlung in Mittelschulen verbundene organisatorische Trennung von Grund- und Mittelschulen hat in den Schulen dazu geführt, dass nicht nur im Schulverwaltungsprogramm, sondern auch in Statistiken und Buchhaltung Grund- und Mittelschulen in den Sekretariaten als jeweils eigene Schulen geführt werden müssen. Dazu kommt ein in den letzten Jahren gestiegener Partei- und email-Verkehr.

Insbesondere der Ausbau der Ganztagschulen erfordert auch mehr organisatorischen Aufwand, wie z.B. Essensabrechnungen oder täglich wechselnde Essensbestellungen.

Für Realschulen und Gymnasien gibt es derzeit eine Nichterfüllung der Zuteilungsrichtlinien, die an den Schulen zu einer Unterbesetzung von einer halben bis einer vollen Stelle führt.

Erschwerend kommt auch im Bereich der Verwaltung die Wiederbesetzungssperre an Schulen mit mehr als einer Vollstelle hinzu. Gemäß unserer Anträge Drs. 16/6715 und Drs. 16/7841 fordern wir auch für den Bereich der Verwaltungsangestellten, die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre rückgängig zu machen.